

20. Dezember 2021

# **Niederschrift**

über die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland-Pfalz (16/2) am 29. November 2021

im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinallee 97-101, 55118 Mainz (Digital)

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste Dauer: 10.00 Uhr - 13.00 Uhr

# **Festgestellte Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2. Festlegung der Tagesordnung
- 3. Annahme der Niederschrift über die letzte Sitzung in der 15. Amtsperiode am 5. Juli 2021 und über die konstituierende Sitzung am 27. September 2021
- 4. Informationen aus den Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes
- 5. Vorlage Nr. 3

Besetzung der Fachausschüsse

hier: Wahl von weiteren Mitgliedern in die Fachausschüsse

Vorlage Nr. 4
 Auftragserteilung an die Fachausschüsse

7. Vorlage Nr. 5
Haushaltsplanaufstellung 2023/24

- 8. Vorstellung des Kommunalen Zweckverbands zur Koordinierung und Beratung der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe (Dr. Nathalie Brede)
- 9. Jugend in Zeiten von Corona Vorstellung der Ergebnisse der Jugendbefragung in Rheinland-Pfalz (Anne Grossart und Sybille Kühnel, ism gGmbH)
- 10. Verschiedenes



# zu TOP 1: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Albrecht Bähr eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder in der neuen Amtsperiode.

Er heißt Frau Barbara Reinert-Benedyczuk vom Ministerium für Bildung, die die Nachfolge von Frau Regina Käseberg als Leiterin der Abteilung Frühkindliche Bildung angetreten hat, herzlich willkommen, ebenso Frau Dr. Nathalie Brede, die über den Kommunalen Zweckverband zur Koordinierung und Beratung der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe berichten wird (siehe TOP 8).

Herr Bähr informiert die Anwesenden, dass Umweltministerin Anne Spiegel, die in ihrer vormaligen Position als Familienministerin im Landesjugendhilfeausschuss regelmäßig berichtet hat, nun die designierte künftige Familienministerin des Bundes sein wird und gratuliert ihr hierzu herzlich. Des Weiteren berichtet er kurz über seinen Besuch beim Landesjugendhilferat, den er als sehr angenehm wahrgenommen hat.

Die ordnungsgemäße Einladung zu dieser Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses werden festgestellt.

Da die Sitzung digital stattfindet, wird für die Neuberufung in den Landesjugendhilfeausschuss sowie für die Vorlagen 3, 4 und 5 (TOP 5, 6 und 7) nachträglich ein schriftliches Umlaufverfahren zur Bestätigung der gefassten Beschlüsse durchgeführt.

Albrecht Bähr informiert über eine Neuberufung in den Landesjugendhilfeausschuss. Frau Meriem El Abdaoui vom Landesverband des Zentralrats der Muslime in Deutschland soll auf Vorschlag des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration als weiteres beratendes Mitglied in den Landesjugendhilfeausschuss berufen werden.

# Das Benehmen wird hergestellt. Frau El Abdaoui wird in den Landesjugendhilfeausschuss gewählt.

Im Umlaufverfahren wird die Wahl mit einer Enthaltung bestätigt.

## zu TOP 2: Festlegung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

zu TOP 3: Annahme der Niederschrift über die letzte Sitzung in der 15. Amtsperiode am 5. Juli 2021 und über die konstituierende Sitzung am 27. September 2021

Die Niederschriften über die letzte Sitzung in der 15. Amtsperiode am 5. Juli 2021 und über die konstituierende Sitzung am 27. September 2021 werden jeweils ohne Änderung **einstimmig** angenommen.

# zu TOP 4: Informationen aus den Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes

Frau Claudia Porr vom Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration berichtet zu folgenden Punkten:

# Bundespolitik

Frau Porr begrüßt die Entscheidung, die ehemalige Familienministerin von Rheinland-Pfalz Frau Anne Spiegel zur neuen Bundesfamilienministerin zu ernennen und ist davon überzeugt, dass Frau Spiegel ihre Erfahrung aus der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in Rheinland-Pfalz in das neue Amt mitnehmen werde.

# Koalitionsvertrag auf Bundesebene

Im Bereich der "Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe" will die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode noch das neue Leistungsgesetz verabschieden. Dies wird im Ministerium zu einem sehr arbeitsintensiven Prozess in den nächsten zwei bis drei Jahren führen, um das Gesetz so umzusetzen, dass sowohl die Länder als auch die Kommunen und die freien Träger gut damit arbeiten können, um die inklusive Kinder- und Jugendhilfe erfolgreich umzusetzen.

Die Kostenbeteiligung für Heim- und Pflegekinder soll gestrichen werden. Frau Porr hält diese Entscheidung für gut, da dies der Haltung und Position des Ministeriums in Rheinland-Pfalz entspricht.

Weiterhin gibt es klare Aussagen zum Thema "Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern", welches auch das Ministerium in Rheinland-Pfalz sehr beschäftigt. Der Punkt wird unter den Überschriften "Entstigmatisierung", "Öffentlichkeitsarbeit", "Regelungen im Privatbereich" aufgegriffen.

Zum Thema "Frühe Hilfen" wird durch die Länder und Kommunen die Forderung nach einer Dynamisierung der Mittel der Bundesstiftung Frühe Hilfen gestellt. Frau Porr hält dies für ein sehr wichtiges Signal, da mittlerweile eine Anpassung der Mittel nötig sei und durch eine Dynamisierung Diskussionen über die Notwendigkeit der Mittelerhöhung vermieden werden könnten.

Auch das Thema "Kinder- und Jugendbeteiligung" wurde im Koalitionsvertrag mit einem nationalen Aktionsplan verankert. Dies passe laut Frau Porr zu den Überlegungen und Plänen des Ministeriums für Rheinland-Pfalz, weshalb sie sich auf die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium freue.

Im Bereich "Kinderarmut" soll die Kindergrundsicherung eingeführt werden. Diese wird aus zwei Komponenten bestehen, von denen eine einkommensunabhängig und die andere einkommensabhängig für Kinder in prekären Lebenslagen gezahlt wird. Frau Porr hält dies für einen wichtigen Schritt.

## Corona-Bekämpfungsverordnung

Aufgrund der neuen Corona-Bekämpfungsverordnung überarbeitet das Ministerium gemeinsam mit dem Landesamt aktuell das Hygienekonzept für die Jugend-

arbeit/Jugendsozialarbeit in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit. Dies gestaltet sich aufgrund der vielen zu berücksichtigenden Regelungen als schwierig und langwierig.

Außerdem werden für die Familieneinrichtungen Umsetzungshinweise erarbeitet.

# Berichterstattung über die Arbeit des Kinder- und Jugendpsychiaters Dr. Michael Winterhoff

Frau Porr weist auf eine Dokumentation der Süddeutschen Zeitung und dem WDR im August hin, die gravierende Kritik an der Praxis des Kinder- und Jugendpsychiaters Dr. Winterhoff beinhaltet. Der Bericht bezieht sich auch auf die Behandlung von Kindern und Jugendlichen in Heimen und Pflegefamilien, nach Kenntnisstand des Ministeriums nur in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen (Link: Vorwürfe gegen Kinderpsychiater: Fehler im System? - WDR 5 Westblick aktuell - WDR 5 - WDR Audiothek - Mediathek - WDR verfügbar bis 13.09.2022).

Das Ministerium hat das Landesjugendamt gebeten, alle Heime und Jugendämter anzuschreiben, um einen Überblick darüber zu erhalten, wer mit Dr. Winterhoff zusammengearbeitet hat. Dabei wurde deutlich, dass es seitens der Jugendämter nur vereinzelt und bei fünf Einrichtungen auch eine stärkere Zusammenarbeit gab. Im Moment finden Gespräche und Einzelkontakte zwischen dem Landesjugendamt und den Einrichtungen statt.

In einem weiteren Artikel zu diesem Thema aus "Der Spiegel", sei eine Wende ersichtlich, wonach es nicht mehr nur um den Kinder- und Jugendpsychiater gehe, sondern um Vorwürfe gegen die Einrichtungen, denen das Ministerium in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt nachgehe, so Frau Porr.

Barbara Reinert-Benedyczuk vom Ministerium für Bildung berichtet zu drei Punkten:

# Vorstellung zur eigenen Person und neuen Abteilung

Frau Reinert-Benedyczuk ist seit zwei Wochen die Nachfolgerin von Frau Regina Käseberg als Leiterin der Abteilung 5 "Frühkindliche Bildung". Zuvor arbeitete sie 16 Jahre in verschiedenen Landesministerien, davon die letzten fünf im Ministerium für Bildung. Frau Reinert-Benedyczuk ist ebenfalls Juristin.

Die Abteilung 5 hat nach einer größeren Umstrukturierung im Ministerium für Bildung zusätzlich zum Aufgabenfeld "Frühkindliche Bildung" eine zweite Referatsgruppe mit Themen aus dem schulischen Bereich dazu gewonnen. Dazu gehören insbesondere die Ganztagsschulen. So werde beispielsweise der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in diesem Referat umgesetzt. Weitere Themen sind einige der Corona-Hilfsprojekte, die Sommerschulen sowie die additiven Lernangebote, die zusammen mit den Volkshochschulen angeboten werden. Hinzu kommen die Referate "Schulgesundheit", "Schulsozialarbeit" und "Schulbau" mit dem Wiederaufbau des Ahrtals.

Ziel der Zusammenführung sei, die Schulen und die Kitas stärker miteinander zu verzahnen, da es viele Punkte gebe, die gemeinsam gedacht werden müssten.

Sie sei daher sehr froh, dass man dies durch die Zusammenführung in der Abteilung abbilden und diese Synergie nutzen könne.

Im Rahmen der personellen Veränderungen hat Frau Xenia Roth, die bisherige Stellvertretung von Frau Käseberg, nun die Leitung der Referatsgruppe "Frühkindliche Bildung" inne. Die Leitung des neuen Referats "Ganztagsschule und schulische Unterstützungsangebote" wird von Herrn Tobias Klag übernommen, der bisher das Ganztagsreferat leitete.

# Koalitionsvertrag auf Bundesebene

Frau Reinert-Benedyczuk berichtet, dass Bildungsministerin Frau Dr. Hubig an der Verhandlungsgruppe teilgenommen hat, weshalb das Bildungskapitel stark rheinland-pfälzisch geprägt sei.

Im Bereich "Frühkindliche Bildung" sei sie besonders froh, dass dort explizit ein neues Investitionsprogramm zur Schaffung von neuen Kita-Plätzen festgelegt wurde. Die Bereitstellung von Bundesmitteln für die Schaffung neuer Plätze und den Ausbau des Angebots durch die Kommunen und sonstige Träger ist somit gesichert. Gleiches gilt auch für das Programm "Sprach-Kitas".

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Bereich "Ganztagsbetreuung". Im Koalitionsvertrag von Rheinland-Pfalz wurde als neues Projekt "Die Schule der Zukunft" eingeführt. Ähnliches findet sich nun auch im Bundeskoalitionsvertrag mit dem "Startchancen-Programm". Hierbei geht es darum, an Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler, die "Schule" an sich neu zu gestalten, sowohl in der Pädagogik als auch in allen anderen Bereichen wie z. B. Räumlichkeiten, Baustruktur. Ziel sei es, neue Wege auszuprobieren, die allen Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen und die Schulen für das 21. Jahrhundert fit machen.

Auch soll mehr im Bereich der "Schulsozialarbeit" getan werden, wie bereits im Corona-Aufholprogramm deutlich wurde. Die Zeit der Kinder in der Schule solle nicht nur für das Abarbeiten schulischer Curricula genutzt werden, sondern ihnen auch Hilfe beim Leben in der Schule geben.

## Die Corona-Maßnahmen

Frau Reinert-Benedyczuk äußert sich erleichtert darüber, dass trotz der viel höheren Zahl von Corona-Fällen die Forderungen nach Schul- und Kita-Schließungen weniger geworden seien. Es habe sich im vergangenen Jahr sehr eindrücklich gezeigt, was Schul- und Kita-Schließungen mit den Kindern machen. Auch für die Eltern sei es schrecklich, bei der Betreuung und schulischen Unterstützung auf sich allein gestellt zu sein, doch für die Kinder sei es besonders problematisch. Daher sei es wichtig, die Schulen so lange wie möglich offen zu halten. Dies spiegele sich auch im breiten öffentlichen Konsens und damit im Infektionsschutzgesetz wieder, wonach Schulen und Kitas um jeden Preis offengehalten und möglichst in anderen Bereichen dafür strenge Einschränkungen vorzunehmen seien. Laut Frau Reinert-Benedyczuk sei dies auch wissenschaftlich vertretbar, wie die Zahlen zum Infektionsgeschehen des Landesuntersuchungsamtes in Rheinland-Pfalz aber auch die bundesweiten Erhebungen verdeutlichen. Hinzu kommen Hygienekonzepte, die stets nachgeschäfft oder angepasst werden. Auch im Kita-Bereich

wurde als zusätzlicher Schutz für die Kinder die Maskenpflicht für die Erwachsenen wieder stärker in den Vordergrund gerückt und die 3G-Regelung am Arbeitsplatz eingeführt.

Frau Kosno-Müller macht darauf aufmerksam, dass es in einigen Jugendamtsbezirken die Kita-Eingewöhnung unter 2G-Regelung durchgeführt werden würde. Dies stelle nach Sicht des Landeselternbeirates eine kindeswohlgefährdende Situation dar, weil die Eltern von der Eingewöhnung ausgeschossen wären. Es entspreche nicht der Verordnung, so Frau Kosno-Müller.

Frau Reinert-Benedyczuk erklärt dazu, dass man sich bewusst für eine 3G-Regelung auch bei der Eingewöhnung entschieden und dies explizit auch so in der Corona-Be-kämpfungsverordnung festgelegt habe, damit es nicht zu einem kompletten Wegfall der Eingewöhnungen komme. Die 3G-Regelung diene dazu, sämtlichen Eltern die Eingewöhnung ihrer Kinder zu ermöglichen und gleichzeitig den Schutz der Einrichtungen und der dort Tätigen und der Kinder zu gewährleisten.

Frau Reinert-Benedyczuk stimmt Frau Kosno-Müller zu, dass die Praxis nicht der geltenden Corona-Verordnung entspricht. Das Ministerium ist bereits von Herr Winheller entsprechend informiert worden und untersuche den Fall.

Für die Verwaltung des Landesjugendamtes berichtet Birgit Zeller zu folgenden Punkten:

- Am 1. Februar 2022 findet eine Fachtagung zur Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) in die Praxis statt. Dabei soll verstärkt auf die neuen Ansätze im Bereich der Beteiligung und der Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen eingegangen werden. Außerdem sollen die Möglichkeiten der Realisierung sowie weitere Ideen zu den inklusiven Lösungen vorgestellt werden.
- Die Landesjugendämter arbeiten gemeinsam auf Bundesebene daran, für die Umsetzung des KJSG neue Empfehlungen zu erarbeiten und alte Empfehlungen entsprechend zu aktualisieren. Dies betreffe die Aufgaben der Betriebserlaubnisbehörden im Bereich der Hilfen zur Erziehung und der Kindertagesstätten, wo zahlreiche neue Aufgaben in Zusammenarbeit mit Jugendämtern und freien Trägern umzusetzen seien und die auch für das Landesjugendamt einen erheblichen Aufgabenzuwachs bedeuten würden. Überarbeitet werden die Empfehlungen zur Hilfeplanung. Zum Themenfeld "Inklusion" wird eine neue Arbeitsgruppe einberufen.
- In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration arbeitet das Landesjugendamt an weiteren Schritten im Bereich der "Inklusiven Lösung", vor allem für die Vollzeitpflege und die stationäre Unterbringung. In diesen Beratungsprozess werde auch die Auseinandersetzung mit dem KJSG miteinfließen.
- Die Referate 31 und 34 des Landesjugendamtes sind derzeit stark in die Umsetzung des Programms "Aufholen nach Corona" eingebunden. Hierbei werden zusätzliche Mittel für die Frühen Hilfen und für Jugend- und Familienfreizeitmaßnahmen bewilligt, wo ein großes Interesse und ein hoher Bedarf bestünden.

- Im März 2022 findet ein Fachtag zum Thema "Kindesschutz" statt. Diese Veranstaltung wird erstmals in Kooperation mit den Frauenunterstützungseinrichtungen durchgeführt, Im Bereich der häuslichen Gewalt müssen diese Einrichtungen eng mit den Jugendämtern und den Hilfen zur Erziehung zusammenarbeiten, um für die gesamte Familie gute Lösungen finden zu können.
- Am 31. Mai 2022 wird ein erster Fachtag zum Thema "Wirtschaftliche Jugendhilfe" in Rheinland-Pfalz und am 9. Mai 2022 der erste rheinland-pfälzische Vormundschaftstag veranstaltet, bei dem die anstehende Vormundschaftsreform im Mittelpunkt stehen werde.
- Am 7. Dezember 2021 findet eine Veranstaltung zur neuen Gesetzgebung im Bereich der Adoptionsvermittlung statt, die Anfang des Jahres 2021 in Kraft getreten ist.
- Am 16. November und 17. November 2021 fand die Landesjugendpflegetagung zum Thema "Jugendarbeit zwischen Allmacht und Ohnmacht" in digitaler Form statt. Dort wurden unter anderem der 3. Kinder- und Jugendbericht des Landes Rheinland-Pfalz sowie die Corona-Regeln im Bereich der Jugendarbeit intensiv diskutiert.
- Das Thema "Corona-Regelungen" wird das Landesjugendamt, unter anderem in Form von neuen Rundschreiben zu den Bereichen Kindertagesstätten und stationäre Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung weiter begleiten.

Frau Liß ergänzt, dass das Referat 35 in Zusammenarbeit mit dem SPFZ am 28. März 2022 einen Fachtag zum Thema "Schutzkonzepte" nach dem KJSG veranstaltet. Durch diese Veranstaltung soll die Fachpraxis bei der Umsetzung von Schutzkonzepten unterstützt werden.

Des Weiteren wurde die Geschäftsstelle des Landesjugendhilferats mit Frau Sandra Franz besetzt, die sich und ihre Arbeit gerne in einer der kommenden Sitzungen vorstellen möchte.

Herr Bähr heißt Frau Franz herzlich willkommen und weist darauf hin, dass der Landesjugendhilfeausschuss die Arbeit des Landesjugendhilferats begleiten wolle, sodass diese beiden Punkte verbunden werden könnten.

Eine Liste mit wichtigen Terminen ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu TOP 5: Vorlage Nr. 3

Besetzung der Fachausschüsse

hier: Wahl von weiteren Mitgliedern in die Fachausschüsse

Herr Wiechmann führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Die Wahl der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses in die jeweiligen Fachausschüsse ist bereits in der konstituierenden Sitzung erfolgt. Die Besetzung weiterer Mit-

glieder in die Fachausschüsse erfolgt auf der Grundlage der beschlossenen Zusammensetzung für den jeweiligen Fachausschuss. Die Mitgliederlisten der Fachausschüsse 1 bis 3 sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

# Der Landesjugendhilfeausschuss wählt die weiteren Mitglieder einstimmig in die jeweiligen Fachausschüsse.

Der Beschluss wird im Umlaufverfahren bestätigt.

# zu TOP 6: Vorlage Nr. 4

# Auftragserteilung an die Fachausschüsse

Für eine kontinuierliche Weiterarbeit in den neu gebildeten Fachausschüssen, ist es erforderlich, dass der Landesjugendhilfeausschuss den Fachausschüssen Arbeitsaufträge erteilt.

Aus der vorangegangenen 15. Amtsperiode konnten 13 Arbeitsaufträge nicht abgearbeitet werden. Die Beschlussvorlage ist der Niederschrift beigefügt.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig die Auftragserteilung laut Beschlussvorlage Nr. 4 und die Weiterleitung an die Fachausschüsse. Der Beschluss wird im Umlaufverfahren bestätigt.

# zu TOP 7: Vorlage Nr. 5

# Haushaltsplanaufstellung 2023/24

Der Vorsitzende merkt an, dass die Haushaltsplanaufstellung 2023/24 aufgrund des nachträglich reduzierten Doppelhaushalts 2022/23 auf einen Einzelhaushalt 2022, noch einmal eine Neudefinition erfordere, was keine leichte Aufgabe gewesen sei. Er dankt besonders der Verwaltung für die Erstellung der Anlagen 1-3 zur Haushaltsplanaufstellung, in denen aufgrund der bisher geführten Debatten eine exzellente Beschreibung und Formulierung von Empfehlungen gelang.

Herr Wiechmann weist darauf hin, dass die Haushaltsplanaufstellung 2023/24 durch die Konstituierung des Landesjugendhilfeausschusses und seiner Fachausschüsse nicht wie gewohnt vorgenommen werden konnte. Man habe versucht, aufgrund der Vorlagen und Beschlüsse der Fachausschüsse zu den letzten Haushaltsaufstellungen jeweils die Fortschreibungen anzupassen und lege diese nun den Anwesenden in Verantwortung der Verwaltung zur Diskussion und Beschlussfassung vor.

Zudem lobt er die Unterstützung der ehemaligen Fachausschuss-Vorsitzenden Herrn Steinberg, Herrn Prof. Haderlein und Frau Völcker mit ihrer Expertise, wodurch man vieles, was in den letzten Jahren debattiert wurde, antizipieren konnte.

Bei der folgenden Debatte bittet Frau Völcker um Ergänzung des Themenschwerpunktes "Fachkräftegewinnung", da notwendige Unterstützungsmöglichkeiten durch die Fachministerien greifen sollten. Im Hinblick auf die Ausweitung der Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich müsse möglichst frühzeitig dem vorhandenen akuten Fachkräftemangel auch vor allem in den stationären Hilfen zur Erziehung entgegengewirkt werden, so Frau Völker.

Dazu führt Herr Bähr aus, dass das Thema "Fachkräftegewinnung" bereits in manchen Punkten inbegriffen sei und schlägt vor, den Punkt nochmal schriftlich an das Bildungsministerium heranzutragen.

Herr Bähr merkt zum Absatz "Ländlicher Raum" (Anlage 1, Seite 5) an, dass das genannte Gesetz § 79 Abs. 2 SGB XIII richtigerweise § 79 Abs. 2 SGB VIII heißen müsse.

Herr Prof. Haderlein erklärt zur Anlage 2, dass für die der Erstellung der Vorlage, die Punkte aus der letzten Vorlage auf Verwirklichung hin überprüft worden seien. So wurde das Thema "Beitragsfreiheit" wieder mit aufgenommen und der Bereich "Familie" verstärkt in den Blick genommen.

Frau Grogro berichtet zur Anlage 3, dass man sich ebenfalls an der letzten Aufstellung orientiert und diese mit der ehemaligen Vorsitzenden Frau Völcker fachlich und inhaltlich abgestimmt habe. Dabei wurde festgestellt, dass alle Punkte noch aktuell seien, insbesondere auch durch die Pandemie. Daher werden alle Forderungen, sowohl auf der Strukturebene als auch im Bereich "Notwendige finanzielle Unterstützungsmaßnahmen", aufrechterhalten.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig die Haushaltsaufstellung mit den Empfehlungen der Fachausschüsse und beauftragt die Verwaltung, die übereinstimmend genannten Punkte der Fachausschüsse zusammenzuführen und die Empfehlungen weiterzuleiten.

Der Beschluss wird im Umlaufverfahren bestätigt.

zu TOP 8: Vorstellung des Kommunalen Zweckverbands zur Koordinierung und Beratung der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe

Frau Dr. Natalie Brede stellt den "Kommunalen Zweckverband zur Koordinierung und Beratung der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe (KommZB)" vor.

Der Verband wurde am 27. Mai 2021 gegründet und ist seit dem 1. Juli 2021 personalisiert. Es handelt sich um einen Zusammenschluss der Mitglieder aller rheinland-pfälzischen kreisfreien Städte, Landkreise und großen kreisangehörigen Städte mit eigenem Jugendamt. Er unterstützt die örtlichen Träger im Bereich der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe bei der Wahrnehmung von Rahmenverwaltungsaufgaben der interkommunalen Zusammenarbeit. Zusätzlich dient der Verband auf Landesebene der Vereinheitlichung der Bearbeitung im Bereich der Eingliederungshilfe für die Gruppe der unter 18-jährigen jungen Menschen.

Frau Dr. Brede betont, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich nicht nur aus Juristen und Betriebswirtschaftlern zusammensetzen, sondern auch pädagogische und sozialwissenschaftliche Kompetenzen vertreten sind, um in der Zusammenarbeit die Interdisziplinarität zu gewährleisten.

Konkret unterstützt der KommZB die örtlichen Träger unter anderem bei den Rahmenvereinbarungen für die Kitas sowie bei der Prüfung der Umsetzung der Vereinbarungen bei den Mitgliedern und bietet kostengünstigere fachspezifische Fortbildungen für Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter an.

Abschließend erklärt Frau Dr. Brede, dass sie die Leitung der Geschäftsstelle wahrnimmt, die unpolitisch agiert und daher nur Sach- und Facharbeit leistet. Zur Geschäftsstelle gehören außerdem noch die beiden Verbandsdirektoren Herr Burkhard Müller und Herr Marc Ehling, die vom Städtetag und Landkreistag gewählt worden sind sowie der Verbandsvorsteher Herr Michael Ebling. Stellvertretender Verbandsvorsteher ist Herr Ralf Leßmeister. Frau Dr. Brede bittet die Teilnehmenden, sich bei politischen Fragen zum KommZB an diese genannten Personen zu wenden.

Der Vorsitzende Herr Bähr dankt Frau Dr. Brede für den Vortrag und bittet um eine Konkretisierung des von ihr genannten Begriffs "Wirksamkeit der Leistung". Frau Dr. Brede erklärt, dass es darum gehe, die Wirksamkeit der Leistungen messbar zu machen und verweist auf einen Mitarbeiter, der sich fachlich besser damit auskennt, aufgrund eines anderen Termins allerdings nicht an der Sitzung teilnehmen konnte.

Frau Schuster ist ebenfalls dankbar für den Vortrag, da das Thema vor allen Dingen im Jugendhilfeausschuss der Stadt Mainz für einige Irritation gesorgt habe. Durch den Vortrag sei deutlicher geworden wie der Zweckverband sich verstehe und für welche Bereiche er tätig sei. Bezüglich des Ziels des KommZB, dafür sorgen zu wollen, dass über das Land hinweg eine Gleichheit der Lebensverhältnisse entsteht, stellt Frau Schuster fest, dass diese im kommunalen Vergleich relativ unterschiedlich seien, was aber auch an den unterschiedlichen Haushaltslagen liege. Nichtsdestotrotz sei eine Vereinheitlichung von Standards über das Land hinweg wichtig, da dies die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen und vor allem von behinderten Kindern und Jugendlichen betreffe und daher alles getan werden müsse, was zu einer Gleichheit der Lebensverhältnisse beitrage.

Die Präsentation sowie eine ergänzende E-Mail von Frau Dr. Brede sind der Niederschrift <u>als Anlage</u> beigefügt.

# zu TOP 9: Jugend in Zeiten von Corona – Vorstellung der Ergebnisse der Jugendbefragung in Rheinland-Pfalz

Frau Anne Grossart und Frau Sybille Kühnel von der ism gGmbH stellen im Rahmen der "Servicestelle Kinder und Jugend" anhand einer Power-Point-Präsentation die Ergebnisse der Jugendbefragung in Rheinland-Pfalz vor.

Zunächst führt Frau Grossart in das Thema ein und erläutert, dass das ism für diese Studie Unterstützung durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration, das Landesjugendamt und den Landesjugendring erhalten habe. Mit der Jugendbefragung wird an eine Befragung der Fachkräfte der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit aus dem Frühsommer 2020 geknüpft, mit der man in Erfahrung bringen wollte, wie die Kinder- und Jugendarbeit auf den ersten

Lockdown reagierte. Gegen Ende des Jahres 2020 beziehungsweise Anfang des Jahres 2021 stieg dann das Interesse, eine ähnliche Befragung bei jungen Menschen durchzuführen.

Für die Befragung sei es wichtig gewesen, nicht nur die Erfahrungsperspektive der jungen Menschen aufzunehmen, sondern auch Ergebnisse zu erzielen, die man sowohl in die folgenden Maßnahmen als auch in die Corona-Folgen-Bearbeitung mit einbeziehen könne. Zudem wird die Befragung mit der beteiligungsorientierten Kinderund Jugendberichterstattung der Landesregierung über die Kinder- und Jugendberichte Rheinland-Pfalz der letzten Jahre verknüpft.

Für die Studie wurden junge Menschen aus Rheinland-Pfalz zwischen 14 und 27 Jahren vom 16. März 2021 bis 09. April 2021 online befragt. Insgesamt gingen 6.420 Fragebögen ein, von denen nach der statistischen Bereinigung 5.529 Fragebögen verwertet werden konnten. Der Vergleich mit der bundesweiten JuCo-Studie, an der 7.000 junge Menschen teilnahmen, zeige die große Resonanz für die Jugendbefragung im Zeitfenster zwischen Lockdown, Fernunterricht, Homeschooling und Wechselunterricht sowie Kontaktbeschränkungen und eingeschränkten Freizeitangeboten. Die Befragung erfolgte zu sieben Themenschwerpunkten, die Frau Grossart und Frau Kühnel einzeln vorstellten. Die Zusammenfassung der Ergebnisse der Jugendbefragung "Jugend in Zeiten von Corona" ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Vorsitzende Herr Bähr dankt Frau Grossart und Frau Kühnel für ihren Vortrag und schlägt vor, dass die Fachausschüsse das Papier in ihren jeweiligen Sitzungen erörtern und Fragestellungen für den nächsten Landesjugendhilfeausschuss formulieren.

Herr Steinberg und Herr Prof. Haderlein danken den Vertreterinnen für die Vorstellung der Studie und fänden es spannend, die Ergebnisse in den Fachausschüssen zu erörtern. Diese Studie verdeutliche, dass sich der 4. Kinder- und Jugendbericht intensiv mit den Auswirkungen auf junge Menschen durch Corona befassen müsse.

Herr Bähr lädt Frau Grossart und Frau Kühnel zu den nächsten Sitzungen der Fachausschüsse sowie der nächsten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses ein. Außerdem stellt sich für ihn die Frage, welche weiteren Konsequenzen die Pandemie für die Entwicklung und das Sozialverhalten von Jugendlichen habe und was dies bedeute, selbst wenn die Pandemie einmal vorbei sei. Er betont, dass die Studie ein sehr wichtiger Impuls zum Jahresende gewesen sei, in der es um das Leben der jungen Menschen und um die Auswirkungen der Einschränkungen gehe.

Der Landesjugendhilfeausschuss beauftragt die Fachausschüsse sich mit den Ergebnissen der Studie zu befassen und Fragestellungen zu formulieren. Diese sollen in der nächsten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses weiter diskutiert und gebündelt werden.

Zum Abschluss weist Herr Steinberg darauf hin, dass auf dem 16. Demokratie-Tag am 28. Oktober 2021 Ehrenamtliche der Jugendarbeit mit Frau Ministerin Binz diskutierten Der Beitrag ist unter <a href="https://www.youtube.com/watch?v=u\_qUa5vYD6o">https://www.youtube.com/watch?v=u\_qUa5vYD6o</a> verfügbar.

#### zu TOP 10: Verschiedenes

Der Vorsitzende Albrecht Bähr dankt der Verwaltung des Landesjugendamtes für die Begleitung im Jahr 2021 sowie die Vorbereitung der heutigen Sitzung. Er findet, es sei gelungen, die Arbeit weiter voranzutreiben, zu den wirklich aktuellen Themen Stellung zu nehmen und am richtigen Ort zur richtigen Zeit zu reagieren. Dies sei der Beweis für eine sehr gute Zusammenarbeit.

Des Weiteren dankt Herr Bähr dem Präsidenten des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung und seinem Stellvertreter Herrn Scharping. Es sei für den Landesjugendhilfeausschuss wichtig, dass diese die Arbeit mit begleiten.

Herr Bähr resümiert, dass sich in den Fragestellungen der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses ganz zentrale Zukunftsfragen verbergen. Corona sei nicht nur eine Frage der Wirtschaft, sondern auch eine Frage der Kinder und Jugendlichen, in der Art und Weise wie man Partizipation, Beteiligung und Gleichberechtigung hinbekomme. Daher werde dieses Thema den Landesjugendhilfeausschuss weiterhin beschäftigen.

Zudem dankt er allen Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses, die mit ganz unterschiedlichen Professionen gemeinsam nach Wegen und Lösungen suchen, die den Landesjugendhilfeausschuss im Rahmen der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit weiterbringen. Es wurden zwar zwischenzeitlich kontroverse Diskussionen geführt, die aber in einer Demokratie und für so ein komplexes und multiprofessionelles Gremium wie dieses wichtig seien. Er wisse, dass die Mitglieder mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an die Grenze ihrer Belastbarkeit gekommen seien, dass sie sehr vieles tragen, mittragen, fördern und motivieren müssten. Er wünscht allen für die nächsten Wochen Kraft, um die zusätzlichen Herausforderungen zu meistern und hofft, dass es immer noch ein Grundpotenzial an Optimismus gebe, dies zu schaffen.

Der Vorsitzende Herr Bähr schließt die Sitzung mit guten Wünschen für die Adventsund Weihnachtszeit, einen friedlichen und guten Start ins neue Jahr und hofft auf ein gesundes Miteinander im Jahr 2022.

Protokollführerin Vorsitzender

gez. gez.

Svenja Tegel Albrecht Bähr



# Anwesenheitsliste

# Digitale Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses

am 29. November 2021 in Mainz

# A: stimmberechtigte Mitglieder

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
1.	Bähr, Albrecht	Giersen, Christiane	<i>&gt;</i>
2.	Breyer, Eveline	Herder, Waldemar	entschuldigt
3.	Eisenstein, Claus	Frey, Heike	<b>&gt;</b>
4.	Haderlein, Prof. Dr. Ralf	Pohlmann, Ulrike	>
5.	Hämmerle, Martin	Siemon, Kathrin	<b>&gt;</b>
.9	Jeckel, Lisa-Marie	Kunz, Patrick	
7.	Joos, Dr. Magdalena	Bundschuh, Prof. Dr. Stephan	
8.	Kettel, Lena	Zink, Sascha	<b>&gt;</b>
9.	Krimm, Dr. Barbara (entschuldigt)	Rodenbüsch, Jörg	<i>*</i>
10.	Leßmeister, Ralf	Puchtler, Frank	<b>&gt;</b>
11.	Loch, Bernd	N.N.	<b>&gt;</b>
12.	Lohr, Damian	Paul, Johann	<i>&gt;</i>
13.	Marzi, Anke (entschuldigt)	Kolling, Alexander	<b>&gt;</b>
14.	Placzek, Detlef (entschuldigt)	Scharping, Michael	<b>&gt;</b>

Landesjugendamt

N.	Name	Vertretung	Unterschrift
15.	. Reuber, Matthias	Groß, Jennifer	<i>&gt;</i>
16.	Scherer, Manfred	Volk, Ilona	<i>&gt;</i>
17.	Schuster, Regine	Jennes, Irene	<i>&gt;</i>
18.	Simon, Michael	Müller, Susanne	<i>&gt;</i>
19.	Steinberg, Volker	Pötzl, Horst	<i>&gt;</i>
20.	Storch, Verena	Pich, Franziska	<i>&gt;</i>
21.	Stuppy, Lisett (entschuldigt)	Ehmann, Fabian	<i>&gt;</i>
22.	Ulrich, Jürgen (entschuldigt)	Bayer, Guido	<i>^</i>
23.	. Weis, Ute	Herrmann, Dirk	<i>&gt;</i>
24.	Willius-Senzer, Cornelia	Wink, Steven	<i>^</i>
25.	25. Wolf, Marc	Bäumler, Bernd	<i>&gt;</i>

# B: beratende Mitglieder

26.	26. Becker, Yannick (LSV)	/	entschuldigt
27.	27. Beer, Benedikt	1	entschuldigt
28.	28. Born, Karn	1	<b>&gt;</b>
29.	29. Dehm, Dr. Bodo	Rahe, Sarah	
30.	Detering, Elisabeth (entschuldigt)	Pohl, Martina	
31.	31. Döhler, Susanne	1	<b>&gt;</b>
32.	32. El Abdaoui, Meriem	1	entschuldigt

~

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
33.	Fischer, Christina	/	entschuldigt
34.	Geißler-Eulenbach, Iris	1	entschuldigt
35.	Gerlich, Renate	1	<i>^</i>
36.	Haase, Robert	1	
37.	Hahn, Ute	1	<i>^</i>
38.	Herbert, Markus	1	<i>&gt;</i>
39.	Heumann, Nils	1	<i>^</i>
40.	Kleinhenz, Sabrina	1	<i>^</i>
41.	Krell, Dr. Matthias	1	
42.	Maus, Verena	Kneip, Carina	<b>&gt;</b>
43.	N.N. (Jüdische KG)		
44.	Orantek, Sonja	/	<b>&gt;</b>
45.	Pollitt, Dr. Brigitte	1	<i>&gt;</i>
46.	Röhlich-Pause, Kerstin	/	<i>&gt;</i>
47.	Rösch, Matthias	1	entschuldigt
48.	Rosenstock von Rhöneck, Christa (entschuldigt)	Cohnen, Andreas	<i>&gt;</i>
49.	Schott, Elke (entschuldigt)	Petri-Burger, Antje	<b>&gt;</b>
50.	Schumacher, Wolfgang	Donath, Roberta	<b>&gt;</b>
51.	Skala, Dieter	Knopp, Kerstin	<i>&gt;</i>
52.	Vicente, Miguel	N.N.	<i>&gt;</i>

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
53.	53. Völcker, Claudia	1	<b>&gt;</b>
54.	54. Winheller, Andreas (entschuldigt)	Kosno-Müller, Beata	<i>&gt;</i>
55.	55. Zeller, Birgit	Egger-Otholt, Iris	>

# weitere Teilnehmer/innen

Franz, Sandra	Fuchs, Jasmin	Grabowski, Eric	Grogro, Kirsten	Kros, Susanne	Leib-Manz, Christina	Liß, Barbara	Neu, Rudi	Porr, Claudia	Tegel, Svenja	Wiechmann, Nils		



29. November 2021

Vorlage Nr. 3 (16/02) zu TOP 5

für die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 29. November 2021

# Besetzung der Fachausschüsse

Hier: Wahl von weiteren Personen in die Fachausschüsse

Berichterstatterin/Berichterstatter: Herr Wiechmann

# Beschlussvorschlag:

Der Landesjugendhilfeausschuss beruft die weiteren Personen in die jeweiligen Fachausschüsse.

# Erläuterungen:

Das Besetzungsverfahren für die gebildeten Fachausschüsse des Landesjugendhilfeausschusses ist ab der 15. Legislaturperiode geändert worden.

Die Besetzung der Fachausschüsse erfolgt auf der Grundlage der beschlossenen Zusammensetzung für den jeweiligen Ausschuss.

Die Wahl der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses in die jeweiligen Fachausschüsse ist bereits in der konstituierenden Sitzung erfolgt.

Für die Benennung weiterer Personen konnten die anerkannten Träger der Jugendhilfe Vorschläge einreichen, die die Verwaltung entsprechend den Arbeits- und Handlungsfeldern zugeordnet hat.



# Fachausschuss "Außerschulische Jugendbildung - Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendschutz" (FA 1)

# 32 Mitglieder

Mitglieder im LJHA
1. Bayer, Guido
2. Frey, Heike
3. Steinberg, Volker
4. Zink, Sascha
5. Loch, Bernd
6. Pötzl, Horst
7. Pich, Franziska
8. Kettel, Lena
9. Storch, Verena
10. Dr. Joos, Magdalena
11. Hämmerle, Martin
12. Döhler, Susanne
13. Kleinhenz, Sabrina
14. Prof. Bundschuh, Stefan
15.Beer, Benedikt
16. Detering, Elisabeth
17.Becker, Yannick
18. Knopp, Kerstin
19. Rodenbüsch, Jörg

Weitere Personen						
1.	Krüdener, Bettina (KV Trier-Saarburg)					
2.	Muth, Thomas (StVw Koblenz)					
3.	Ripier-Kramer (StVw Worms)					
4.	Enders, Christine (KV Birkenfeld)					
5. Basiri, Axel Ghane (IB Bad Kreuznach)						
6.	6. Weinsheimer, Anika (AEJ RLP)					
7.	Roschlau, Andreas (AEJ RLP)					
8.	Grundheber, Dietmar (Jugendnetzwerk Konz					
	e.V.)					
9.	Warnking, Anna (Caritasverband Trier e.V.)					
10. Link, Selina (DRK Landesverband RLP)						
11. Dr. Spitzer, Stefan (VG Kusel-Altenglan)						
12	. Mai, Thomas (LIVE Soziale Chancen e.V.)					
13	.Alhäuser, Verena (Kinderschutzbund)					



# **Zusammensetzung Fachausschuss 1**

Nach der derzeitigen Besetzung durch die Mitglieder im LJHA können nach der Satzung noch 18 Personen benannt werden.

Im Fachausschuss sollten folgende Handlungsfelder bzw. Personen vertreten sein:

	Besetzung <sup>1</sup>			
Handlungsfelder	Mitglieder im LJHA	Andere Personen		
	(19 Personen)	(bereits ergangene Vorschläge)		
		Frau Krüdener		
AG Nord und Süd der Jugendäm-	Herr Bayer	Herr Muth		
ter (Stadt- und Kreisjugendamt)	Frau Frey	Frau Ripier-Kramer		
		Herr Enders		
Kommunale Spitzenverbände		Herr Dr. Spitzer		
Jugendmigrationsdienst		Herr Basiri		
Jugendsozialarbeit				
(Jugendberufshilfe, Schulsozialar-				
beit, begleitetes Jugendwohnen)				
MdL				
	Herr Steinberg			
	Herr Zink			
Jugendverbandsarbeit	Herr Loch	Frau Weinsheimer		
(im Landesjugendring organisiert)	Frau Storch	Herr Roschlau		
( zamaesjagemaning ergametert)	Herr Pötzl	Frau Link		
	Frau Pich			
	Frau Kettel			
sonstige Jugendverbandsarbeit	Herr Hämmerle			
Kommunale Jugendarbeit	Herr Beer	Herr Grundheber		
(z.B. Streetwork, Jugendzentrum)	F			
Offene Jugendarbeit freier Träger	Frau Knopp Herr Rodenbüsch	Frau Warnking		
Kinderschutzbund				
Jugendschutz				
Landeskriminalamt (Beauftragter				
für Jugendsachen)				
Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz	Frau Döhler			
Landesschülervertretung Rhein- land-Pfalz	Herr Becker			
Arbeitsverwaltung	Frau Detering			
Hochschule/Universität	Frau Dr. Joos			
i iodisciule/Offiversität	Herr Prof. Bundschuh			
Landeselternausschuss Kinderta-				
gesstätten RLP				
Sonstige	Frau Kleinhenz			

<sup>1</sup> Die Mitglieder eines Fachausschusses müssen überwiegend dem Landesjugendhilfeausschuss angehören.

# Fachausschuss "Kinder und Familie" (FA 2)

# 35 Mitglieder

Mitglieder im LJHA					
1. Eisenstein, Claus					
2. Pötzl, Horst					
3. Prof. Haderlein, Ralf					
4. Schuster, Regine					
5. Skala, Dieter					
6. Donath, Roberta					
7. Winheller, Andreas					
8. Kosno-Müller, Beate					
9. Heumann, Nils					
10. Pohlmann, Ulrike					
11.Orantek, Sonja					
12. Völcker, Claudia					
13. Döhler, Susanne					
14. Jennes, Irene					
15. Schumacher, Wolfgang					
16. Bähr, Albrecht					
17.Born, Karn					
18. Ulrich, Jürgen					

# weitere Personen

- 1. Theobald, Claudia (Kitafachkräfteverband RLP)
- Neideck, Jutta (Landesverband Kindertagespflege)
- 3. Klein, Ingo (GEW RLP)
- 4. Ulrich-Übel, Alexandra
- 5. Rüdesheim, Markus (KV Rhein-Hunsrück-Kreis)
- 6. Pabst, Peer (StVw Koblenz)
- 7. Sturm, Udo (KV Westerwaldkreis)
- 8. Weber, Stephan (KV Cochem-Zell)
- 9. Monzel, Bianca (Caritasverband Trier e.V.)
- 10. Frenzel, Clemens (Caritasverband Mainz)
- 11. Thull-Helders, Eva (DRK Landesverband RLP)
- 12. Mattner, Frank (Landeselternbeirat)
- 13. Normann, Sven (VG Weißenthurm)
- 14. Wehrle, Sandra (Fachbereich KiTa des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche der Pfalz)
- 15. Schwarz, Renate (Referentin Fachberatung Kitas beim Paritätischen Landesverband)
- 16. Engel, Sven (Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mainz e.V.)
- 17. Thönnes, Esther (Erziehungs- und Lebensberatung Cochem)

# **Zusammensetzung Fachausschuss 2**

Nach der derzeitigen Besetzung durch die Mitglieder im LJHA können nach der Satzung noch 17 Personen benannt werden.

Im Fachausschuss sollten folgende Handlungsfelder bzw. Personen vertreten sein:

	Besetzung <sup>1</sup>			
Handlungsfelder	Mitglieder im LJHA	Andere Personen		
	(12 Personen)	(bereits ergangene Vorschläge)		
		Herr Rüdesheim		
AG Nord und Süd der Jugendäm-	Herr Eisenstein	Herr Weber		
ter (Stadt- und Kreisjugendamt)	Herr Ulrich	Herr Pabst		
		Herr Sturm		
Kommunale Spitzenverbände		Herr Normann		
MdL				
	Frau Schuster	Frau Ulrich-Übel		
Kindertagesstätte	Herr Skala	Herr Wilking		
	Frau Donath	Herr Frenzel		
Kinderkrippe				
Landeselternausschuss Kinderta-	Herr Winheller			
gesstätten RLP	Frau Kosno-Müller			
Kindertagespflege				
Erzieherausbildungsstätten	Frau Völcker			
Hochschulen / Universitäten	Herr Prof. Haderlein Frau Pohlmann			
LAG Erziehungsberatung				
Fachberatung für Kindertagesstät-		Frau Monzel		
ten		Frau Thull-Helders		
Gewerkschaft		Herr Klein		
Kitafachkräfteverband		Frau Theobald		
Landesverband Kindertagespflege		Frau Neideck		
Familienbildung	Herr Heumann			
Sonstige	Herr Pötzl Frau Orantek	Herr Schladweiler		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Mitglieder eines Fachausschusses müssen überwiegend dem Landesjugendhilfeausschuss angehören.

# Fachausschuss "Hilfe zur Erziehung" (FA 3)

# 29 Mitglieder

Mitglieder im LJHA
1. Wolf, Marc
2. Gerlich, Renate
3. Weis, Ute
4. Giersen, Christiane
5. Jennes, Irene
6. Born, Karn
7. Völcker, Claudia
8. Herbert, Markus
9. Orantek, Sonja
10.Kneip, Claudia
11.Maus, Verena
12. Rodenbüsch, Jörg
13. Kolling, Alexander
14. Petri-Burger, Antje
15.Kosno-Müller, Beata
16. Schuster, Regine

weitere Personen			
1. Urmes, Stefan (KV Eifelkreis)			
2. Schneider, Mark (KV Altenkirchen)			
3. Carl, Ruth (KV Rhein-Lahn-Kreis)			
4. Marxen, Heike (Jugendhilfezentrum, Aach)			
5. Wörsdörfer, Georg (Caritasverband Mainz e.V.)			
6. Geister, Gert (Heilpädagogium Schillerhain)			
7. Köhler, Karina			
8. Hirsch, Ulrike (Ev. Kinder- und Familienhilfe Boppard)			
9. Maikarth, Petra (Erziehungsberatung Bad Kreuznach)			
10.Prof. Bastian, Pascal (Universität Landau)			
11. Daniela Hoffmann (Lebenshilfe Kreisvereinigung Ma-			
yen- Koblenz e.V.)			
12. Michael Breiner (SOS-Kinderdorf e.V. Kaiserslautern)			
13. Grün, Annette (Internationaler Bund)			

# **Zusammensetzung Fachausschuss 3**

Nach der derzeitigen Besetzung durch die Mitglieder im LJHA können nach der Satzung noch 15 Personen benannt werden.

Im Fachausschuss sollten folgende Handlungsfelder bzw. Personen vertreten sein:

Handlungsfelder	Besetzung <sup>1</sup>		
	Mitglieder im LJHA	Andere Personen	
	(14 Personen)	(bereits ergangene Vorschläge)	
AG Nord und Süd der Jugend-		Herr Schneider	
ämter (Stadt- und Kreisjugend-	Herr Wolf	Frau Carl	
amt)		Herr Urmes	
Kommunale Spitzenverbände			
MdL			
Beratungsstellen	Frau Orantek		
	Herr Herbert		
Ambulanta Erziahungahilfa	Frau Völcker	Frau Maikarth	
Ambulante Erziehungshilfe	Herr Rodenbüsch	Frau Maikarur	
	Frau Giersen	Frau Marxen	
	Frau Jennes	Herr Wörsdörfer	
Stationäre Erziehungshilfe	Frau Weis	Herr Geister	
	Herr Kolling	Frau Hirsch	
	Frau Gerlich	Frau Hirsch	
Kinderschutzdienst			
Familiengericht /	Frau Kneip		
Polizei	Frau Maus		
Schulbereich	Frau Petri-Burger	Herr Christ-Kobiela	
Arbeitsverwaltung			
Hilfen nach SGB XII für Minder-			
jährige (Sozialamt? Freie Trä-			
ger?)			
Wissenschaft und Aus- bzw.		Herr Prof. Bastian	
Fortbildungsinstitutionen		neli Piùi. Basilali	
Migrations- und Integrations-			
dienste (für umA)			
Landeselternausschuss Kinder-			
tagesstätten RLP			
Landeselternbeirat RLP			
Landesjugendhilferat	Herr Born		
Sonstige		Frau Köhler	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Mitglieder eines Fachausschusses müssen überwiegend dem Landesjugendhilfeausschuss angehören.

# Vorstellung des KommZB



## Was ist der KommZB?

- Der KommZB ist ein Kommunaler Zweckverband.
- Grundlage seiner Arbeit ist die Verbandsordnung.

Vorstellung KommZB 29.11.2021

# Was ist der KommZB? (1)

§ 1 der Verbandsordnung Name und Sitz

Der Zweckverband führt den Namen "Kommunaler Zweckverband zur Koordinierung und Beratung der Eingliederungshilfe und der Kinderund Jugendhilfe (KommZB)". Er hat seinen Sitz in Mainz.

# Was ist der KommZB? (2)

Der KommZB ist ein

Kommunaler Zweckverband.

Er ist für alle Mitglieder in Rheinland-Pfalz tätig.

Er übernimmt im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit Rahmenverwaltungsaufgaben, die so effektiver und günstiger wahrgenommen werden können, als wenn jedes Mitglied die Aufgaben selbst wahrnehmen müsste.

orstellung KommZB 29.11.2021 3 Vosstellung KommZB 29.11.2021

# Was macht der KommZB? (1)

#### Aufgaben

#### des KommZB sind im Wesentlichen

- Unterstützung der Mitglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben als örtliche Träger der Eingliederungshilfe bzw. der Kinder- und Jugendhilfe
- Unterstützung der Mitglieder bei der Verhandlung des Rahmenvertrages EGH U18.

# Was macht der KommZB? (2)

- Verhandlung von Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen im Bereich der Eingliederungshilfe
- Vorbereitung des Abschlusses von Vereinbarungen
- Prüfung der Umsetzung der Vereinbarungen, insbesondere hinsichtlich Qualität und Wirtschaftlichkeit in den Einrichtungen und ambulanten Diensten
- Verhandlung des Landesrahmenvertrages KiTa

## Was macht der KommZB? (3)

- Verwaltung und die Weiterentwicklung der mit den Aufgaben, die dem örtlichen Träger der Eingliederungshilfe obliegen, in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten
- Weiterentwicklung der individuellen Hilfe-/Teilhabeplanung, der Angebotsstrukturen einschließlich sozialräumlicher Steuerungsprozesse, die Entwicklung von Standards für die Leistungsgewährung und die Entwicklung sonstiger Steuerungsprozesse sowie deren Einführung und Umsetzung
- fachspezifische Fortbildungen

#### Was macht der KommZB nicht?

- Sachbearbeitung in Einzelfällen
- Also nicht: Arbeit mit den einzelnen Kindern und Familien vor Ort.
- Warum nicht?
- Der KommZB nimmt Rahmenverwaltungsaufgaben gebündelt für die Mitglieder war.
- Weder kann noch darf der KommZB Einzelsachbearbeitung wahrnehmen, diese bleibt den Verwaltungen vor Ort vorbehalten (Sachnähe, Subsidiaritätsprinzip).

Orstellung Komm/2B 29.11.2021 7 Vorstellung Komm/2B 29.11.2021

# Die wichtigsten Ziele des KommZB (1)

 Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe im Wege von Entwicklungsarbeit und Umsetzung in Verhandlungen und Prüfungen,

damit die Leistungen bei den behinderten Menschen ankommen,

gemäß dem gesetzgeberischen Auftrag des Bundesteilhabegesetzes (BTHG).

# Die wichtigsten Ziele des KommZB (2)

 Umsetzung der EGH in kooperativer Zusammenarbeit mit den Leistungserbringern, perspektivisch ebenso in der Jugendhilfe,

um die gesetzlichen Vorgaben zum Wohle aller, zunächst der Kinder und Jugendlichen Behinderung in die Verwaltungspraxis umzusetzen und die Mitglieder positiv tatkräftig zu unterstützen,

(Aufgaben des KommZB nach Verbandsordnung).

rellung KommZB 29.11.2021 9 Vorstellung KommZB 29.11.2021

## KommZB in fünf Punkten

- $\bullet$  Entlastung der Verwaltungen in den Bereichen EGH U 18 und Kinderund Jugendhilfe,
- Bewältigung der höherwertigen Verwaltungsaufgaben gebündelt für alle Mitglieder und auf Augenhöhe mit den Leistungserbringern,
- Weiterentwicklungen auf wissenschaftlicher Basis, Verhandlungsbegleitung, Prüfungen (Wirtschaftlichkeit und Qualität),
- Trennung von politischen Einflüssen vor Ort,
- Leisten von Verwaltungsarbeit auf der Sachebene ohne eigene politische Aktivität.

# Danke

für die Ihre Aufmerksamkeit.

ostellung Komm28 29.11.2021 11 Vostellung Komm28 29.11.2021 12

# "Es fehit ein Narrativ, in dem jungen Menschen eine Perspektive geboten wird. [Wir] werden durch mangelnde Kontakte in unserer Persönlichkeitsentwicklung und Lebensfreude ausgebremst. [...] Alle Moßnahmen und Priorisierungen sind rational zu erklären, aber wo ist für uns die Anerkennung? Wo ist für uns die Perspektive?"

# Jugend in Zeiten von Corona

Ergebnisse der Jugendbefragung in Rheinland-Pfalz 2021

29.11.2021, Landesjugendhilfeausschuss Anne Grossart, Sybille Kühnel Servicestelle Kinder und Jugend







# Rahmendaten zur Befragung

Grundgesamtheit	in Rheinland-Pfalz wohnende junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren		
Befragungsmodus	Onlinebefragung		
Fallzahl	N= 5.529 (nach Bereinigung, ursprgl. 6.420 Bögen)		
Zeitraum	16.03.2021 - 09.04.2021		

Die realisierte Stichprobe der Befragung weist **keine systematischen Ausfälle** auf. Es konnten alle anvisierten Zielgruppen erreicht werden (Stadt/Land, Jungen/Mädchen/drittes Geschlecht, sozioökonomischer Status, Alter, (Aus-)Bildungsstatus).



# Bedeutung der Befragung

# Kindheit und Jugend in Zeiten von Corona: ein Ausnahmezustand in einer ganz besonderen Lebensphase und Entwicklungszeit

- Die öffentliche Aufmerksamkeit für die besondere Situation von Kindern und Jugendlichen ist hoch, eine ganze Reihe von Studien verweisen auf die Folgen für Kinder und Jugendliche, wir wissen viel aber
  - Was wissen wir wirklich aus der Perspektive der jungen Menschen? Wie schätzen junge Menschen selbst ihre Situation ein? Und welche fachlichen und fachpolitischen Schlüsse werden daraus gezogen?
  - Wie gelingt es, junge Menschen in die Folgenbearbeitung mit einzubeziehen und wo liegen Ansatzounkte?
- Die Befragung liefert Anknüpfungspunkte an die beteiligungsorientierte Kinder- und Jugendberichterstattung der Landesregierung (Kinder- und Jugendberichte Rheinland-Pfalz) und für die kommunale Jugendhilfeplanung (Rheinland-Pfalz Vorreiter einer beteiligungsorientierten Kinder- und Jugendberichterstattung)

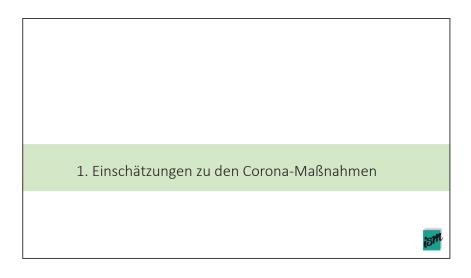


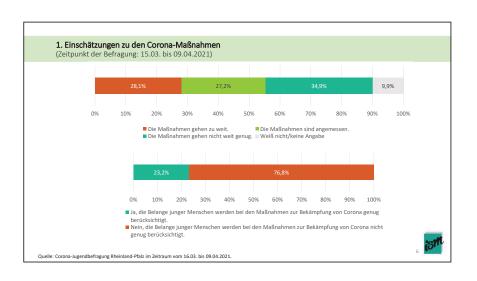
1

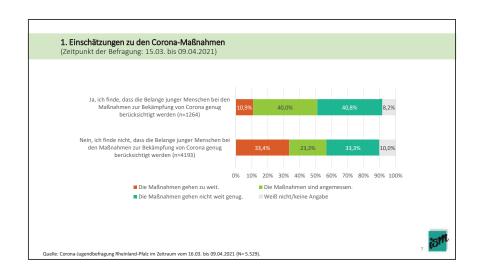
#### Themenübersicht

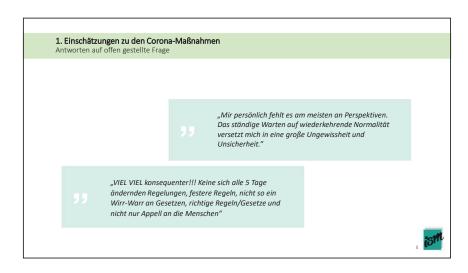
- 1. Einschätzungen zu den Corona-Maßnahmen
- 2. Freizeitgestaltung und Peerkontakte
- Nutzung von Angeboten der Jugendverbandsarbeit, kommunalen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit
- 4. Schule, Studium, Ausbildung und Beruf
- 5. Beteiligung und Mitbestimmung
- 6. Digitale Zugänge junger Menschen
- 7. Blick in die Zukunft



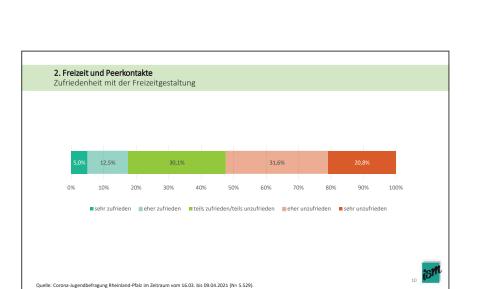










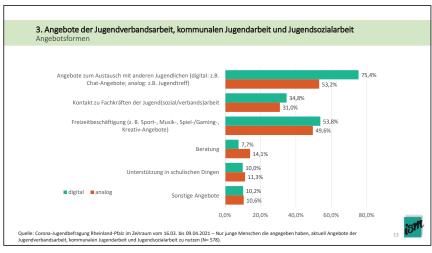




3. Angebote der Jugendverbandsarbeit, kommunalen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit



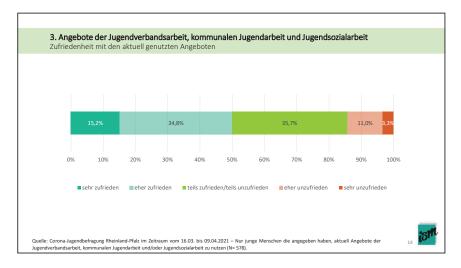
3. Angebote der Jugendverbandsarbeit, kommunalen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit



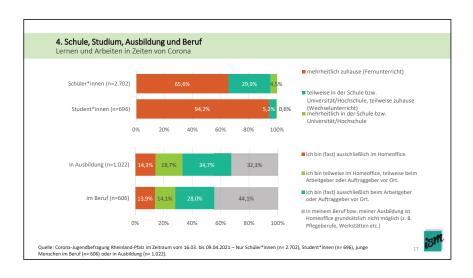


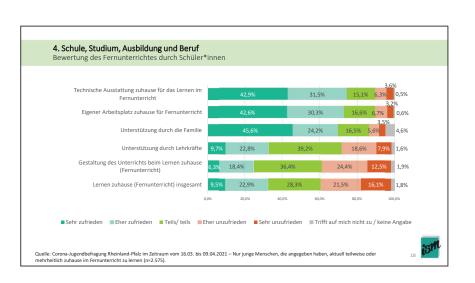
7

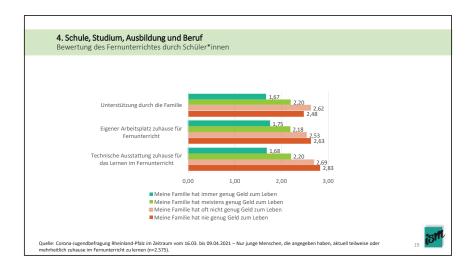
Antworten auf offen gestellte Frage

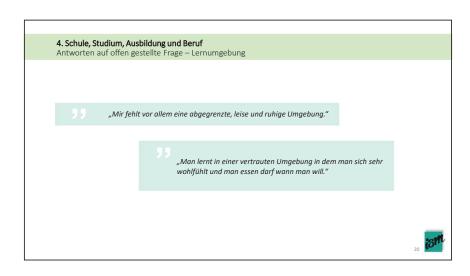


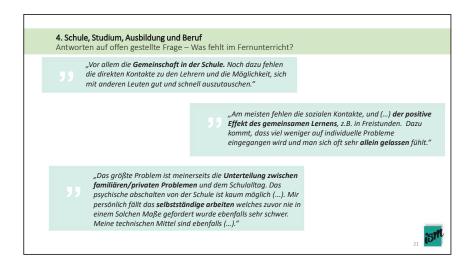


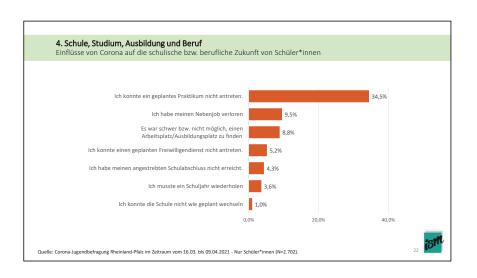


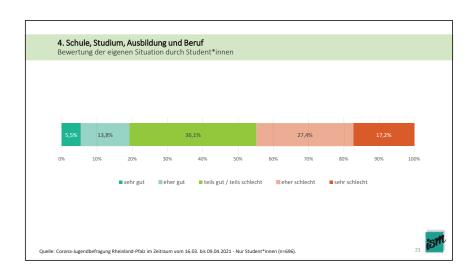


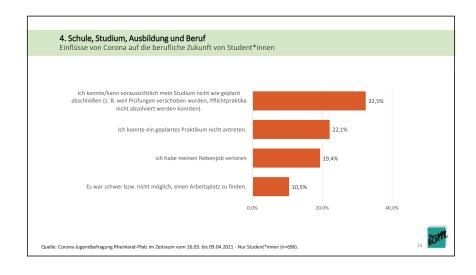


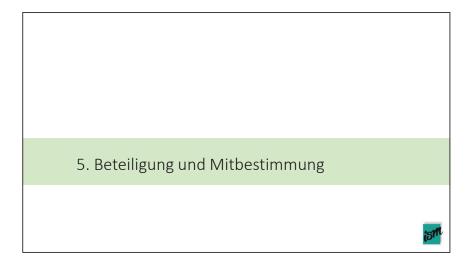


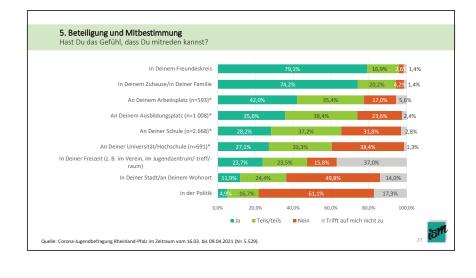




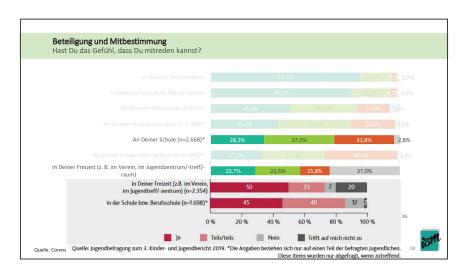


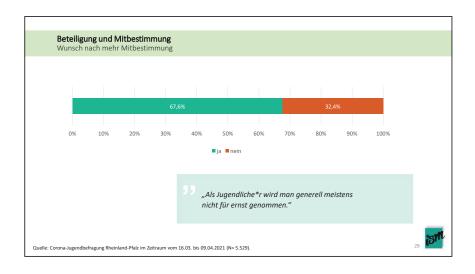


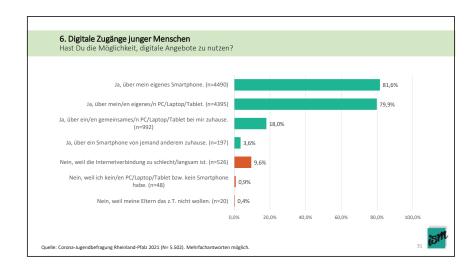




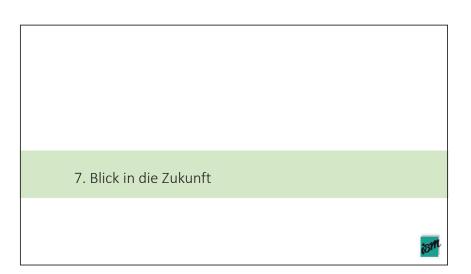


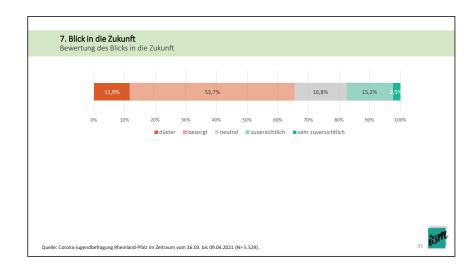




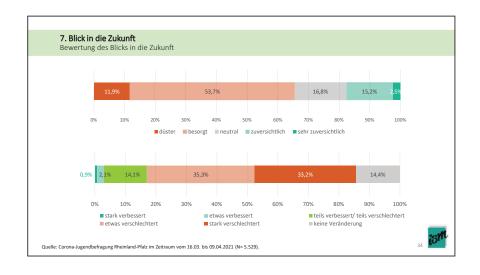


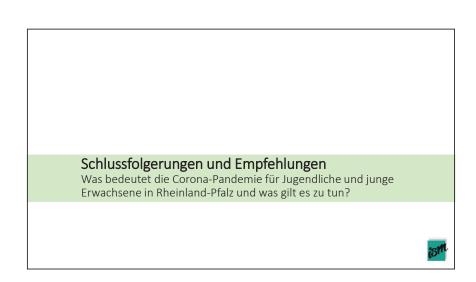
6. Digitale Zugänge











## Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- 1. Junge Menschen sind von den Corona-Auswirkungen besonders betroffen. Dennoch handeln sie in der Pandemie solidarisch und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung.
- 2. Die pandemiebedingten Einschränkungen gehen für viele junge Menschen, insbesondere auch (zukünftige) Auszubildende, mit Zukunftssorgen und einem Verlust an (Planungs-)Sicherheit einher.
- 3. Beteiligung erweist sich gerade in der Pandemie als zentraler Faktor für eine positive Zukunftsperspektive und Lebensgestaltung (Resilienzfaktor) sowie für eine selbstbestimmte, gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft.
- 4. Jugendverbandsarbeit, kommunale Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit erweisen sich in der Corona-Krise als wichtige Räume und Orte zur Bewältigung der Pandemiefolgen und damit als systemrelevant.

Dies ist anzuerkennen und in der Bearbeitung der Pandemie-Folgen zu berücksichtigen.

Zukunftschancen sind insbesondere für sozial benachteiligte junge Menschen zu stärken (Differenzierung von Maßnahmen).

Beteiligung ist auf allen Ebenen strukturell zu verankern und auszubauen.

Jugendverbandsarbeit, kommunale Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit sind strukturell abzusichern.



https://mffki.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Publikationen/Kinder und Jugend/Ergebnisbericht Corona-Jugendbefragung RLP 18 08 2021.pdf







# Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- 5. Den Schüler\*innen fehlen die (soziale) Kommunikation und der Austausch mit Lehrkräften und Klassenkamerad\*innen.
- 6. Die Gruppe der Student\*innen ist im öffentlichen Diskurs über Pandemiefolgen selten im Blick, doch gerade sie kämpft mit Belastungen und Zukunftsängsten.
- 7. Infolge der Corona-Pandemie haben digitale Angebote in allen zentralen Lebensbereichen junger Menschen noch einmal stark an Bedeutung gewonnen

Schule ist als sozialer Ort anzuerkennen und weiterzuentwickeln.

Unterstützungsangebote für Student\*innen sind auszubauen.

Digitalisierung und Medienkompetenz sind weiter zu stärken.



# Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Bei weiteren Fragen können Sie uns gerne kontaktieren:

Servicestelle Kinder und Jugend Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism) Flachsmarktstr. 9 55116 Mainz Tel: 06131 - 240 41 - 0

E-Mail: ism@ism-mz.de

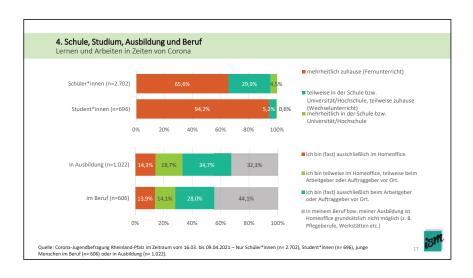
Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz

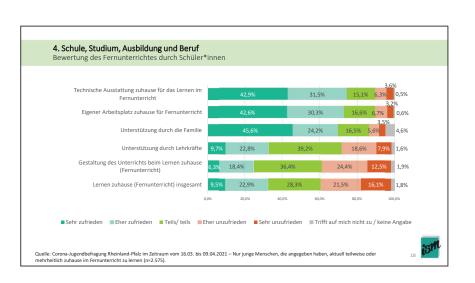
Lucia Stanko Kaiser-Friedrich-Str 5a 55116 Mainz Tel: 06131 - 16-4495 E-Mail: <u>lucia.stanko@mffki.rlp.de</u> https://mffki.rlp.de

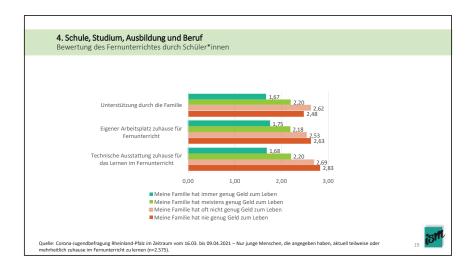


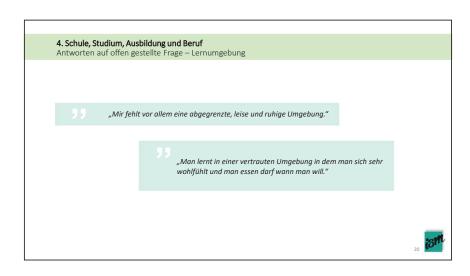


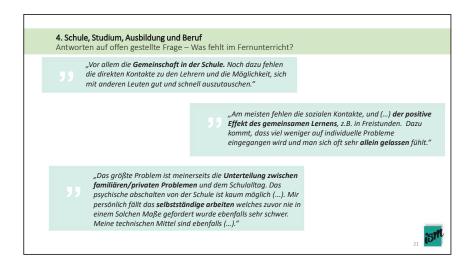


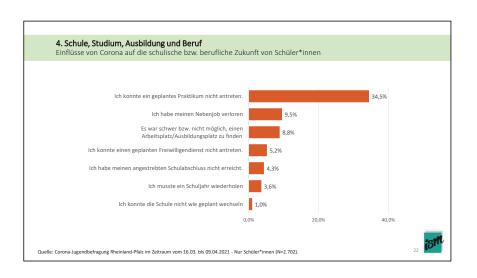


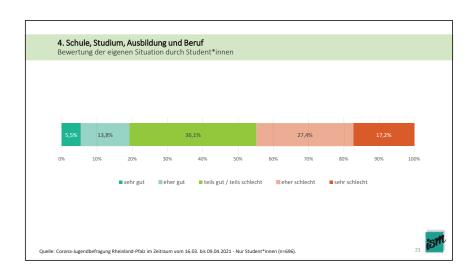


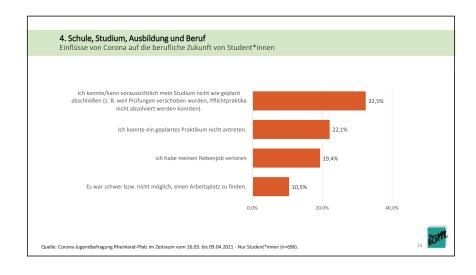


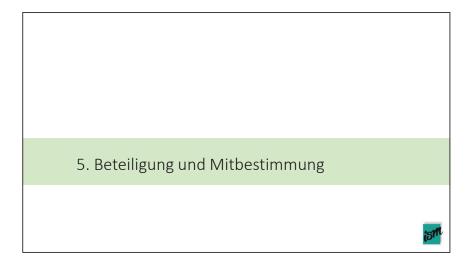


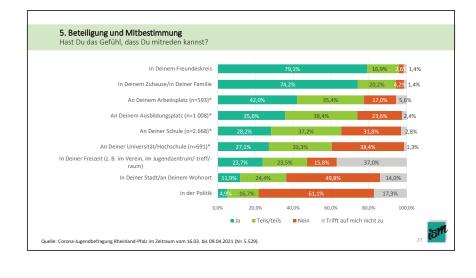




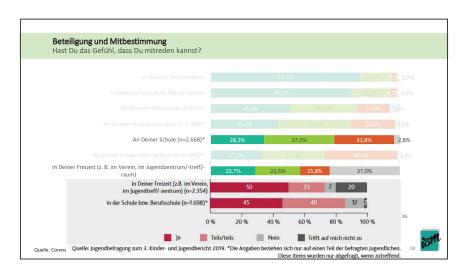


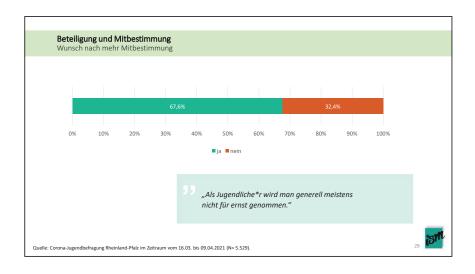


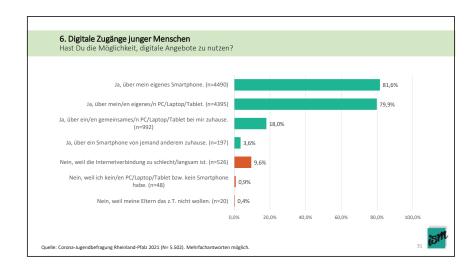




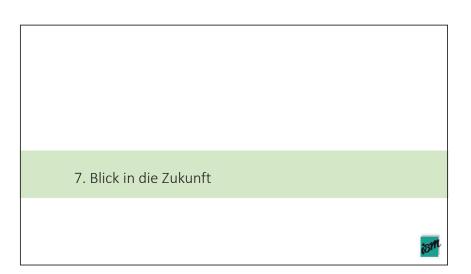


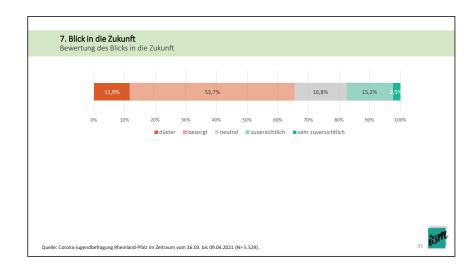




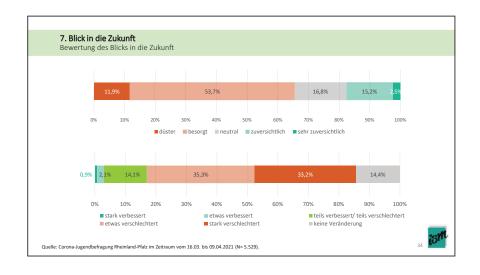


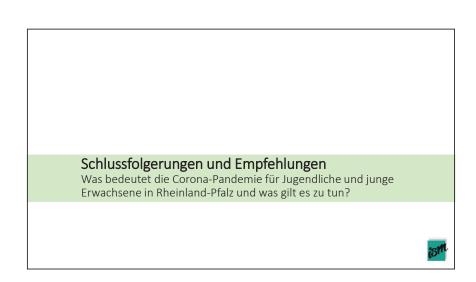
6. Digitale Zugänge











## Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- 1. Junge Menschen sind von den Corona-Auswirkungen besonders betroffen. Dennoch handeln sie in der Pandemie solidarisch und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung.
- 2. Die pandemiebedingten Einschränkungen gehen für viele junge Menschen, insbesondere auch (zukünftige) Auszubildende, mit Zukunftssorgen und einem Verlust an (Planungs-)Sicherheit einher.
- 3. Beteiligung erweist sich gerade in der Pandemie als zentraler Faktor für eine positive Zukunftsperspektive und Lebensgestaltung (Resilienzfaktor) sowie für eine selbstbestimmte, gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft.
- 4. Jugendverbandsarbeit, kommunale Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit erweisen sich in der Corona-Krise als wichtige Räume und Orte zur Bewältigung der Pandemiefolgen und damit als systemrelevant.

Dies ist anzuerkennen und in der Bearbeitung der Pandemie-Folgen zu berücksichtigen.

Zukunftschancen sind insbesondere für sozial benachteiligte junge Menschen zu stärken (Differenzierung von Maßnahmen).

Beteiligung ist auf allen Ebenen strukturell zu verankern und auszubauen.

Jugendverbandsarbeit, kommunale Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit sind strukturell abzusichern.



https://mffki.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Publikationen/Kinder und Jugend/Ergebnisbericht Corona-Jugendbefragung RLP 18 08 2021.pdf







# Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- 5. Den Schüler\*innen fehlen die (soziale) Kommunikation und der Austausch mit Lehrkräften und Klassenkamerad\*innen.
- 6. Die Gruppe der Student\*innen ist im öffentlichen Diskurs über Pandemiefolgen selten im Blick, doch gerade sie kämpft mit Belastungen und Zukunftsängsten.
- 7. Infolge der Corona-Pandemie haben digitale Angebote in allen zentralen Lebensbereichen junger Menschen noch einmal stark an Bedeutung gewonnen

Schule ist als sozialer Ort anzuerkennen und weiterzuentwickeln.

Unterstützungsangebote für Student\*innen sind auszubauen.

Digitalisierung und Medienkompetenz sind weiter zu stärken.



# Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Bei weiteren Fragen können Sie uns gerne kontaktieren:

Servicestelle Kinder und Jugend Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism) Flachsmarktstr. 9 55116 Mainz Tel: 06131 - 240 41 - 0

E-Mail: ism@ism-mz.de

Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz

Lucia Stanko Kaiser-Friedrich-Str 5a 55116 Mainz Tel: 06131 - 16-4495 E-Mail: <u>lucia.stanko@mffki.rlp.de</u> https://mffki.rlp.de







# Tagungen 2022 Landesjugendamt

Tagung	Termin	Ort	Kooppartner
Infoveranstaltung zum KJSG	01.02.	online	34, 35, 36
Neu im Amt – was nun? Tagung für Fachkräfte für Kinderper-	03.02.	online	36, IBEB, BM
spektiven			
Unterstützen, kooperieren und vernetzen für mehr Chancenge-	10.02.	online	36, BM
rechtigkeit. Tagung Kita-Sozialarbeit			
Starter-Kit (Schulung für Neueingestiegene in der kommunalen	1416.03.	DJH Mainz	31
Jugendarbeit)			
Kooperation im Kinderschutz bei Gewalt in engen sozialen Be-	16.03.	online	34, Abt. 5 MFFKI, Konf.
ziehungen			der Frauenhäuser RLP
Kita-Fachberater*innentagung	17.03.	online	36, 37
Schutzkonzepte (weiter-)entwickeln und in die Praxis implemen-	28.03.	online	35, MFFKI, LIGA
tieren			
Fachtag Praxisanleitung	30.03.	EBH MZ	BM
Landeskonferenz Heimerziehung	03.05.	EBH Mz	35, 36, LIGA, ism,
			MFFKI
Fachtagung für Insofas	05.05.	Forum Vinzenz Palotti Ko	34, 36, ism
1.RLP-Vormundschaftstag	09.05.		34
Landesforum unbegleitete minderjährige Ausländer	11.05.	noch nicht entschieden	Komp.Z.
PKD-Tagung	1819.05.	EBH Mz	33.1., 36
Tagung für Fachkräfte der wirtschaftlichen Jugendhilfe	31.05.	EBH Mainz	34
Kinderschutzkonferenz	08.06.	EBH Mz	34, 36
Jubiläum/Fachtagung Kinderschutzdienste RLP und Thüringen	2324.06.	EBH Mz	35, MFFKI
Fachtagung für Fachkräfte der ambulanten HzE	08.09.	AdW Mz	34, 36
Tagung Kinderunterhalt	29.09.		34, 36
1.RLP Fachtag Systemsprenger: Kinder- und Jugendliche mit	06.10.	EBH MZ	34, 36
komplexen Fall- und Hilfeverläufen			
Sprachfachtagung	11.10.	Robert-Schuman-Haus	36, BM
Jahrestagung der GZA mit ZA Saarland	8.und 9.11	EBH Mz	33.1
Landesjugendpflegetagung	1516.11.	Forum Vinzenz Palotti Ko	31, 36
Fachtag SitA	17.11.	Kloster Jakobsberg	ISTA
Schulsozialarbeiter*innentagung	21.11.	EBH Mz	36, BM